

Kritische Aspekte vom neuen Wahlprogramm der Linken¹

Wilfried Müller - erstellt am 10.2.2021

Dies ist kein Versuch einer ausgewogenen Zusammenfassung, sondern hier werden die Knackpunkte des neuen Wahlprogramms der Linken hervorgehoben. Natürlich sind viele Forderungen so, wie man sie von der Linken erwartet, und sie gehen teilweise auch auf die Realität ein. Das betrifft z.B. einige Argumente zur internationalen Finanzpolitik, zu Ungleichheit, Steuerflucht und Arbeit:

- Schattenbanken, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst oder streng reguliert werden.
- Die Spekulation mit Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln wollen wir verbieten.
- Steueroasen trockenlegen.
- Digitalkonzerne müssen in den Ländern Steuern zahlen, in denen sie wirtschaftlich aktiv sind.
- Neues Normalarbeitsverhältnis, mit um die 30 Stunden für alle, z.B. eine Vier-Tage-Woche.
- Das Unterrichtsfach Ethik muss mit dem Religionsunterricht und Unterricht für Mitglieder von Weltanschauungsgemeinschaften gleichbehandelt werden.

In anderen Belangen ist das Programm allerdings kaum von Realismus angehaucht, und zwar um so weniger, je weiter man sich in den 137 Seiten voranliest. Der vordere Teil will Gutes oder vermeintlich Gutes für die *Bevölkerung*, danach geht's um Gutes für die *EU* und am Ende für die *ganze Welt*. Was auffällt, ist die Freigiebigkeit, mit der das Geld verteilt werden soll, für Forderungen, die oft sehr schön sind, aber oft auch sehr problematisch. Auf jeder Seite des Programms stehen soche Forderungen, alles soll unterstützt und verbessert werden. Das sind allerdings Forderungen, die fast alle was kosten. Dem steht ein eher geringfügiges **Sparbestreben** entgegen, z.B. beim Militär und bei Ausgaben für Überwachung:

- Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Wir wollen die Mittel für militärische Interventionen umwidmen und in ein ziviles Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme investieren.
- Videouberwachung im öffentlichen Raum muss beendet werden.
- Automatisierte Gesichtserkennung wollen wir verbieten ... stattdessen mehr Personal im öffentlichen Raum und auf Bahnhöfen, das Unterstützung, Auskunft und Hilfe bieten kann.
- Quellen-Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung (Staatstrojaner) müssen verboten werden. Spyware aller Art muss verboten werden.
- Die Vorratsdatenspeicherung von IP-Verbindungen, Mobilfunk-Verbindungen und -Standorten muss verboten werden.

Insgesamt überwiegen die Mehrausgaben die Sparanstrengungen bei weitem. Die notwendigen **Mehreinnahmen** sollen über Steuern generiert werden, wobei vorausgesetzt wird, dass die Betroffenen nicht emigrieren (Anmerkungen in Klammern vom Autor):

- Vermögensteuer, Vermögen oberhalb von einer Million Euro mit 5 % belasten, dadurch würden rund 100 Milliarden Euro pro Jahr reinkommen (aber nach 20 Jahren wären die Vermögen weg?).
- Vermögensabgabe, die geschätzten Einnahmen liegen bei 310 Milliarden Euro über 20 Jahre.(also ca. 15 Milliarden. pro Jahr).
- Erbschaftssteuer, bringt Mehreinnahmen im Jahr: 8 bis 10 Milliarden Euro.
- Unternehmenssteuern, Körperschaftssteuer muss wieder auf 25 Prozent gehoben werden (ohne Schätzung was rauskommt).
- Steuerhinterziehung vermeiden bringt jährlich etwa 15 Milliarden Euro.
- Finanztransaktionssteuer mit Steuersatz von 0,1 Prozent (ohne Schätzung was rauskommt).
- Gemeindegewerbesteuer statt Gewerbesteuer.
- Umsatzsteuer dagegen mit ermäßigten Steuersätzen.

Offensichtlich wird kein Wert auf die Milliarden gelegt, die durch Eindämmung der Schwarzarbeit gewonnen werden können ... Nun zwei Beispiele für Änderungen, die nicht nur **Mindereinnahmen** bringen, sondern auch Kompetenz kosten:

- Für ein EU-weites Verbot von Rüstungsexporten.
- Export von Überwachungstechnologie wollen wir verbieten. Den Einsatz autonomer Waffensysteme und bewaffneter Drohnen wollen wir verhindern.

Dazwischen gibt es einige Themen, die finanziell eher neutral sind, aber freiheitsrechtlich nicht, im Klartext mehr **Bevormundung** wenn nicht gar Entmündigung (Kursivsetzungen und Anmerkungen in Klammern vom Autor):

- Digitale Gewalt im Netz muss juristisch anerkannt und verfolgt werden betrifft besonders *digitale Gewalt gegen Frauen*.
- Einsatz sogenannter Künstlicher Intelligenz (KI) muss gesetzlich reguliert werden.

¹ https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Februar_2021.pdf

- Algorithmen müssen von unabhängigen Stellen geprüft werden auf Diskriminierungsfreiheit.
- Entscheidungen über Sozialleistungsansprüche, Kreditwürdigkeit oder Prognosen über Straffälligkeit dürfen nicht automatisiert getroffen werden.
- Zu einer *gendergerechten Klimapolitik* gehört, die besondere Gefährdung von Frauen durch die Klimakrise einzubeziehen.
- In Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ... eine echte Frauenquote in Führungspositionen von 50 Prozent.
- Die Sozial- und Haushaltspolitik muss auf ihre *Geschlechtergerechtigkeit* hin geprüft und
- entsprechend verändert werden im Sinne eines *Gender-Budgeting* ... Deutsche Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik muss Friedenspolitik und Geschlechtergerechtigkeit *weltweit voranbringen*.
- Wir fordern die Einführung staatlich geschützter Feiertage für jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften.
- Rechten Terror und Gewalt stoppen (keine Rede von linkem und religiösem Terror).
- Wir fordern ein humanitäres Bleiberecht für Betroffene rechter Gewalt ohne festen Aufenthaltsstatus. Opfer von Rassismus und ihre Angehörige müssen besser unterstützt werden. Es braucht eine Ausweitung der Entschädigungsleistungen für Betroffene von rassistisch und antisemitisch motivierten Attacken. Migrant*innen sind kein Sicherheitsproblem — Schluss mit dem institutionalisierten Misstrauen! (Letzteres steht im Widerspruch zu den Zahlen der PKS. Mit dieser Falschinformation soll wohl Fragen nach den Opfern der linken und muslimischen Gewalt vorgebeugt werden).

Die Schieflage fällt auf, nämlich dass linke und muslimische Gewalt nicht in der Agenda auftaucht. Mit der gleichen Schieflage geht's weiter in den Bereich vom **Klima**. Da ist keine Rede vom wichtigsten Klimafaktor Überbevölkerung und keine Rede von den afrikanischen Staaten, die durch Verzehnfachung ihrer Bevölkerung versteppen und verwüsten (Faktor 5 seit 1950, noch mal Faktor 2 bis 2050). Bei den Linken werden, wie auch bei den Grünen, alle Klimaschäden den entwickelten Ländern zugerechnet (Kursivsetzungen und Anmerkungen in Klammern vom Autor):

- Die Reichen müssen zur Verantwortung gezogen werden (von Eigenverantwortung für die Überbevölkerung keine Rede).
- Auch Deutschland muss nachlegen und - als einer der *Hauptverursacher* für den Klimawandel - mehr Mittel für den Globalen Süden bereitstellen.
- (Zuhause:) Öffentliches Investitionsprogramm ... Damit können wir 2 Millionen sinnvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen und Wirtschaft und Infrastruktur bis 2040 klimaneutral machen (Wovon 2 Millionen Leute bezahlen, die kein Geld einbringen? Klimaneutral ist trotzdem eine Illusion).
- Wir fordern die Energiewende mit 100% Erneuerbaren bis 2035 (Die Elektrizität mag aus Erneuerbaren zu gewinnen sein, wenn Riesenspeicher und power to liquid oder gas kommen, aber die Gesamtenergie ist das Mehrfache, die erneuerbar zu gewinnen ist Illusion).
- Spätestens ab 2030 dürfen keine PKW mit Verbrenner mehr neu zugelassen oder exportiert werden (noch ein Unfug, weil power to liquid die Verbrenner braucht).
- *Kompensationsfonds* für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus von den Industriestaaten finanziert.

Hier klingen wieder die internationalen Beglückungsbemühungen durch, wie bei der Friedenspolitik und der Geschlechtergerechtigkeit welche die Linken *weltweit voranbringen* wollen. Und die Reichen (und überhaupt alle in den Industriestaaten) sollen einen *Kompensationsfonds* für die Folgen von Klimawandel und Kolonialismus bezahlen. Immerhin ist nicht mehr von Nazi-Schuld und Wiedergutmachung die Rede; das Thema ist wohl totgeritten, nun müssen also Kolonialismus und Klima für die Gewissensmassage erhalten. Im weiteren soll erstmal die **EU** beglückt werden, dann die **ganze Welt** (Anmerkungen in Klammern vom Autor):

- Die Defizit- und Schuldenregeln (der EZB) müssen angepasst werden (d.h. das verliehene Geld ist weg).
- Der EZB (ist) die Staatsfinanzierung zu ermöglichen (macht sie eh schon).
- Wir wollen Menschenrechte global durchsetzen!

... und zwar auf Kosten der deutschen Bevölkerung, aber im Programm steht natürlich nichts von der Enteignung und Entmündigung drin, die unweigerlich damit einhergeht. Stattdessen ist ausführlich von Flüchtlingen die Rede, wobei alle Asyl-Immigranten in den Augen der Linken Flüchtlinge sind. Die Palette der geforderten **Wohltaten** ist lang, wenn auch nicht durchdacht. Das zeigt sich in den inneren Widersprüchen, wo Einreisefreiheit und Bleiberecht für alle gefordert wird wie hier, gegenüber Detailforderungen weiter unten (Anmerkungen in Klammern vom Autor):

- Einwanderung ist keine Bedrohung, sondern Alltag für Viele, Chance für unsere Gesellschaft und Recht jedes einzelnen Menschen.
- Würde der Reichtum gerechter verteilt, gäbe es genug für gutes Leben, Wohnen und Arbeiten - für alle (unrealistisch angesichts der Bevölkerungsexplosion).
- Integration ist keine Bringschuld der einzelnen, sondern Merkmal einer Gesellschaft, ein beidseitiger Prozess (das ist Bevormundung der Einheimischen).
- DIE LINKE steht für offene Grenzen für alle Menschen in einem solidarischen Europa, das sich nicht abschottet. Wir streiten für sichere Fluchtwege und eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklicht.
- Evakuiert die Lager!
- Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebende Migrant*innen, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit er-

halten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben - ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Migrant*innen sollen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben.

- Wir fordern Legalisierungsmöglichkeiten für Menschen ohne Aufenthaltsstatus und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder mit Kettenduldungen leben müssen.
- Gegen Abschottung und Abschiebungen, für das Recht zu gehen, zu kommen und zu bleiben.
- Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend oder als Form der Doppelbestrafung, lehnen wir ab. Wir haben hier immer dagegen gestimmt und werden das auch in Zukunft tun.
- Es braucht ein humanitäres Sofortprogramm zur Aufnahme der Menschen. Solange eine europäische Lösung nicht durchsetzbar ist, muss die Bundesregierung mit einer Koalition der Willigen vorangehen (im Klartext: die ganze Welt muss auf Kosten der EU beglückt werden, und wenn die EU das nicht will - wie das der Fall ist -, dann soll es Deutschland alleine bezahlen).
- Wir wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU. Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See muss ohne Einschränkung befolgt werden!
- Wir fordern ein Bundesministerium für Migration und Integration.
- Das Recht auf Bewegungsfreiheit darf nicht vom Zufall des Geburtsortes oder der ökonomischen Wertbarkeit abhängig sein.

Im **Gegensatz** zu diesen Maximalforderungen stehen Detailforderungen, wie konkret zu verfahren sei. Wenn die totale Einreisefreiheit plus Gleichstellung gewährt wird, wie oben gefordert, sind die folgenden Forderungen natürlich obsolet (Anmerkungen in Klammern vom Autor):

- Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden.
- Die Abschiebung der Verantwortung auf andere Staaten mithilfe von Drittstaaten- oder Herkunftsländerregelungen wollen wir beenden.
- Es gibt keine „Wirtschaftsflüchtlinge“ - niemand flieht freiwillig! Wir fordern die Ausweitung verbindlicher Flüchtlingsrechte auf Armuts-, Umwelt- und Klimaflüchtlinge sowie eine entsprechende humanitäre Visa-Vergabe. Es braucht umfassende Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des UNHCR und die Aufhebung des Visumszwangs für Schutzsuchende.
- Für eine faire Verteilung von Geflüchteten wollen wir eine europäische Fluchtumlage: Alle Mitgliedsstaaten sollen entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit Geflüchtete aufnehmen.
- Das Recht auf Familiennachzug muss effektiv umgesetzt werden - auch für »subsidiär« Schutzberechtigte. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen muss es Recht auf Nachzug der Geschwisterkinder geben.
- Wir fordern, dass die Kommunen selbst entscheiden dürfen, ob sie über die ihnen zugeteilten Kontingente hinaus weitere Geflüchtete aufnehmen.
- Wir wollen einen »Fonds für Willkommenskommunen«, der Geflüchteten Bewegungsfreiheit sichert.
- Geflüchtete wollen wir bundesweit dezentral und in Wohnungen unterbringen und ihnen flächendeckend kostenlose Sprachkurse anbieten. Statt diskriminierender Sach- wollen wir reguläre Geldleistungen auf Höhe der solidarischen Mindestsicherung für alle Menschen. Platz und Ressourcen sind genug vorhanden (wenn das Politik wird und sich rumspricht, sind Platz und Ressourcen ganz schnell zuende).

Solche realistischen Überlegungen wie der letzte Satz tauchen im ganzen Programm nicht auf. Falls die Linke Kontrolle über die Staatsfinanzen erlangt und ihr Programm durchsetzt, wird die Entmündigung und Enteignung der Gesamtbevölkerung (nicht bloß der Reichen) in Arbeit genommen. Deutschland hat bei der Linken nicht erste Priorität - wer *Freund der ganzen Welt* sein will und ihr Wohltaten erweist auf Kosten Deutschlands, der ist ein *Feind der Deutschen*, denn er nimmt ihnen was weg, ohne sie zu fragen. Diese schlichte Logik ist im Programm der Linken nicht präsent.

Die Agenda ist ganz abgehoben von den Problemen der Realität, von Euro-Rettungen, von Pull-Effekten, von Asylmissbrauch, von Integrationsverweigerung und Schul-Misere durch Überfremdung. Es gibt kaum Spuren davon, dass solche Probleme überhaupt wahrgenommen werden. Es liest sich eher so, als ob durch politischen Beschluss das Prekariat abgeschafft und die heile Welt eingeführt werden könnte.

Unbehelligt von Zweifeln werden positive Wirkungen der angepeilten politischen Umbrüche vorausgesetzt. Das ist allerdings unrealistisch, zumal sie sich an Ideologie orientieren und nicht an Pragmatismus. Konkret wird der Reformdruck verspielt, der z.B. durch die Eurozonen-Miswirtschaft entsteht, und statt Restrukturierung der niedergewirtschafteten Euro-Staatsfinanzen gibt es Konkursverschleppung - die Linke will sogar die Schuldenregeln aushebeln, d.h. das umverteilte Geld ist dann verbrannt. Genauso wird der Reformdruck verspielt, der durch die Überbevölkerung entsteht, und der vernünftigerweise genutzt werden müsste, um Geburtenkontrolle durchzusetzen. Anstelle dessen wird die pseudohumanitäre Vorstellung von Hilfe für alle "Flüchtlinge" (statt für die Bedürftigsten vor Ort) propagiert, was weitere Fehlallozierungen bedeutet - maximaler Overhead (wie in Deutschland mit dem ganzen Füllhorn der Wohltaten) bedeutet minimalen Wirkungsgrad der Hilfgelder.

Aus dem ganzen Text transpiert die Ahnungslosigkeit darüber, wie schwer auf internationalen Märkten Geld zu verdienen ist. Früher war es mal so, dass man noch Hilfsarbeiter brauchte, und dass die Roboter noch nicht bereitstanden zum Übernehmen. Das hat sich geändert, ohne dass sich das im Programm niederschlägt. Dort herrscht die unterschwellige Vorstellung, man könnte unausgebildete, ungebildete Kulturfremde ein paar Jahre anlernen, und dann könnten sie etwas produzieren, was sich international verkaufen lässt. Das ist keine realistische Vorstellung, denn Unqualifizierte gibt's überall genug.

Deutschland muss aber viel Geld verdienen für viele Importe von Rohstoff und Energie und das bleibt auch dann so, wenn die ganze Elektrizität hierorts erzeugt werden kann (falls das klappt). Irgendwelche Vorstellungen zur Versorgungssicherung, zur notwendigen Exzellenzförderung, zur Attraktivität des Standorts, zur Abwendung des brain drains, zur Eindämmung der globalen Übervölkerung, zur Übernahme der Einfach-Arbeitsplätze durch Roboter fehlen schlicht und ergreifend - das sind schwere Mankos.

Es gibt auch keine Aussage zu Prioritäten. Wenn sich rausstellt, dass so ein Programm das mehrfache von dem kostet, was es einbringt, wohin geht dann das Geld zuerst? In die deutschen Interessen? Die europäischen? Die der Welt? Selbst wenn alles gleichmäßig runterskaliert wird, bedeutet es eine Verschlechterung der Situation in Deutschland - das ist das Gegenteil des sozialen Anspruchs, und eine Quelle der Zerstörung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Das macht das Wahlprogramm der Linken zu einem Dokument des Realitätsverlusts, und falls es politisch durchgesetzt werden sollte, zu einem Risikofaktor. Sehr bedauerlich, dass dabei gute soziale Forderungen durch dogmatische deutschenfeindliche Vorstellungen diskreditiert werden. Kaum anzunehmen, dass dergleichen mit Sahra Wagenknecht in der Verantwortung rausgekommen wäre.
